

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 18. Dezember 1999

110. Jahrgang Nr. 31.228

Mestre Interventor in Corrientes

Brückensperrung dauert an / Demonstranten fordern „Bestrafung“ Romero Feris'

Der Ex-Gouverneur von Córdoba, Ramón Mestre, ist von Innenminister Federico Storani zum Bundesinterventor für die Krisenprovinz Corrientes ernannt worden. Dies erklärte Storani am Donnerstagabend im von Mestre und Kabinettschef Rodolfo Terragno vor Journalisten in Buenos Aires. Die Intervention der drei Gewalten der Provinz erfolge „durch die Nationalregierung und in Erfüllung des am Donnerstag verabschiedeten Gesetzes“, sagte Storani. Am Morgen hatte der Kongress mit Stimmen des PJ und der Allianz einer Intervention zugestimmt. Während Mestre von einer „schweren Aufgabe“ sprach, bot Terragno „alle Unterstützung bei der Wiederherstellung der institutionellen Normalität“ an.

Mehr als 75 Prozent der Bevölkerung in Corrientes akzeptiere die Maßnahme, sagte Storani. Gleichzeitig betonte er die Legitimität der Forderung der Menschen in Corrientes, „die seit dreieinhalb Monaten keine Gehälter mehr bekamen“. Jedoch wies der Innenminister darauf hin, dass „radikalisierte Gruppen“ bisher einen „Fortschritt im Dialog mit den Brückenbesetzern verhindert“ hätten.

Die Situation in der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindenden Provinz spitzte sich in der vergangenen Woche dramatisch zu, als tausende Demonstranten die Brücke, die Corrientes mit Resistencia verbindet, blockierten. Die anhaltende Sperrung der Verkehrsader sowie geschlossene

Geschäfte und Ratlosigkeit der Provinzpolitiker im Umgang mit der Situation sorgten letztlich für das Einschreiten der Nationalregierung.

Unterdessen forderten die Demonstranten Mestre auf, zu „Verhandlungen auf der Brücke“ zu erscheinen. Zugleich verlangten sie die Zahlung der ausstehenden Gehälter, eine Rücknahme der verabschiedeten Einsparungen und Entlassungen sowie Maßnahmen zur „Linderung des sozialen Notstandes“.

Ziel sei ebenfalls eine Bestrafung der Verantwortlichen der Finanzkrise, insbesondere des Ex-Gouverneurs Raúl Tato Romero Feris, sowie eine „Kontrolle der öffentlichen Ausgaben durch die Bürger“.

„Soldat Menems“ vereidigt

Fünf Tage nach der Aufgabe seines Amtes als Innenminister ist Carlos Corach am Mittwoch von Senats- und Vizepräsident „Chacho“ Alvarez als Senator bis zum Jahre 2001 vereidigt worden. „Ich bin ein Soldat Menems, hier und an jedem anderen Ort“, ließ der Innenminister der Menem-Regierung keinen Zweifel an seiner Position innerhalb der PJ-Fraktion.

Unlängst hatte Alvarez den neuen Senator noch scharf angegriffen und gesagt, Corach sei „der Führungspolitiker mit dem größten Prestigeverlust in Argentinien“. Der PJ hatte Corach in einer polemischen Internwahl zum Kandidaten gekürt, von politischer Klüngelwirtschaft und „Beförderung“ der Urnen war dabei die Rede.

Angst vor neuen Stromausfällen

Kontrollbehörde ENRE und Stadtregierung beschuldigen Lieferanten

Rund zwei Millionen Menschen in Buenos Aires waren am Mittwoch morgen von einem Stromausfall betroffen, der eine Stunde lang 13 Stadtteile der Bundeshauptstadt lahm legte. Bei dem in diesem Sommer bislang schwerwiegendsten Stromausfall mussten die U-Bahnlinien „A“, „B“ und „D“ ihren Dienst vorübergehend einstellen, der Ausfall der Verkehrsampeln hatte in zahlreichen Straßen sowie in den Avenidas Juan B. Justo, Libertador, Figueroas Alcorta, Santa Fe, Córdoba, Callao und Belgrano ein Verkehrschaos zur Folge.

Dieser zweite Stromausfall innerhalb von zwölf Stunden und der sechste der vergangenen zwei Wochen war Folge eines technischen Defekts in der zu Edenor gehörenden Verteilerstation Puerto Nuevo. Da die Station auch Edesur-Kunden bedient, fiel auch bei diesen vielfach der Strom aus.

Während die Bürger angesichts der neuerlichen Stromausfälle eine Wiederholung des grossen Notstandes vom vergangenen Februar fürchten, bei dem mehrere Stadtteile elf Tage lang ohne Elektrizität auskommen mussten, sehen die Kontrollbehörde ENRE und die Stadtregierung die Schuld für die Zwischenfälle allein bei den Stromlieferern.

ENRE führt die Stromausfälle auf mangelhafte Wartung der Verteilerstationen von Edenor und Edesur sowie technische Probleme zurück und kündigte bereits an, Geldbußen für die Stromlieferanten lägen „im Bereich des Möglichen“. Auch der Energiesekretär der Stadtregierung, Daniel Montamat, erklärte, die Stromausfälle seien nicht Folge „fehlender Energie oder Transportschwierigkeiten“, sondern Resultat von „Qualitätsmängeln bei den Verteilerunternehmen“.

ENRE-Techniker sehen das Problem freilich in der „fehlenden Schulung des Personals und fehlender Anwendung neuer Technologien“ und forderten vermehrte Kontrollen des Geräte- und Maschinenparks.

Jahr 2000-Effekt und Gesundheit

Von 1.279 öffentlichen Krankenhäusern im ganzen Land haben nur 500 dem Gesundheitsministerium detaillierte Informationen über die Möglichkeit einer Informatikkrise wegen des Jahrtausendwechsels mitgeteilt, wie aus einem Bericht des Ministeriums hervorgeht. Unter den 15.518 biomedizinischen Geräten, die erfasst wurden und die sich in den Krankenhäusern und 2.920 Gesundheitszentren Argentinien befinden, seien 4.075 Geräte, die von den Herstellern bisher als „nicht kompatibel“ mit der Umstellung auf das Jahr 2000 bestätigt wurden. 350 seien definitiv nicht kompatibel und könnten auch nicht angepasst werden, heisst es in dem Bericht.

Die Bestätigung eines Fabrikanten für die Kompatibilität sei allerdings häufig ein Problem, weil viele Geräte in Argentinien gebraucht und überholt seien, und die Fabrikanten daher für sie keine Kompatibilitätsgarantie mehr übernehmen. Ein Bioingenieurteam der Universität Entre Ríos arbeite derzeit an der Kompatibilitätsgarantie solcher Geräte.

Wenige Tage vor dem 1. Januar 2000 mache man sich vor allem Sorgen über Geräte, die zur Kategorie „lebenserhaltende Geräte“ (Beatmungsgeräte, Monitore zur Kontrolle von lebenswichtigen Organen usw.) gehören. Behandlungsgeräte hingegen (wie etwa Geräte für Strahlentherapie, die in der Krebsbehandlung verwendet werden) und Diagnosegeräte (z.B. Echoschall und Thomographen) könnten aus dem Betrieb genommen werden, wenn Fehler auftreten.

Der sogenannte Jahr 2000-Effekt kann im Gesundheitsbereich die Funktion aller jener Geräte beeinträchtigen, die eine interne Uhr für ihren Betrieb benötigen, sei es für die Berechnung von Daten, Terminen oder der Festlegung von Behandlungsdauer. Erkennt diese innere Uhr das neue Jahr nicht mittels der vier Stellen, kann sie die doppelte Null als einen Fehler interpretieren, Fehlinformation produzieren oder das Gerät abschalten.

Kohabitation

Französische Politiker haben das Wort Kohabitation erfunden und in ihre Verfassung eingebaut. Seither haben sie die-ses Zusammenleben des Präsidenten einer Partei mit einem Premierminister oder Kabinettschef der anderen mehrmals vorexerziert, gleichfalls gegenwärtig mit dem gaullistischen Präsidenten Jacques Chirac und dem sozialistischen Premierminister Lionel Jospin. Chirac hatte vorher selber als Premierminister mit dem damaligen sozialistischen Präsidenten François Mitterrand amtiert, so dass ihm diese Übung sicherlich nicht fremd ist. Der französische Präsident hat nicht nur repräsentative Aufgaben wie in Deutschland oder Italien, sondern mischt in der Aussen- und Verteidigungspolitik mit, so dass sich gegebenenfalls Spannungen mit den zuständigen Ministerien ergeben mögen, die dem Premierminister oder Kabinettschef unterstehen. Die Verfassung der V. Republik ermöglicht diese Situation, die die meisten Präsidenten zu vermeiden suchten.

Argentinien ist bekanntlich eine Präsidialdemokratie, so dass der Staatschef auch Regierungschef ist und sein Kabinett ernennt. Aus den jüngsten allgemeinen Wahlen vom 24. Oktober hat sich eine eigenartige Konstellation entwickelt, die nun zu einer Art Kohabitation führt, allerdings von den Partnern weitgehend ungewollt. Nicht dass diese französische Verfassungsbesonderheit rechtlich im argentinischen Grundgesetz verankert wäre, wohl aber, dass Präsident Fernando de la Rúa im Kongress der justizialistischen Mehrheit im Senat gegenübersteht, wogegen die regierende Allianz in der Deputiertenkammer die erste Minderheit stellt und gegebenenfalls mit befreundeten Deputierten mehrerer Lokalparteien sitzungs- und mehrheitsfähig ist.

Zudem regieren zur Zeit vierzehn justizialistische Gouverneure in den Provinzen, nahezu doppelt so viele wie parteiradikale Amts-träger in den Gliedstaaten. Gouverneure pflegen Einfluss auf die Entscheidungen im nationalen Kongress zu nehmen, zumal wenn ihre Interessen tangiert werden. Des weiteren kann de la Rúa nicht wie Menem mit einer befreundeten Mehrheit der fünf von neun Richtern im Obersten Gerichtshof rechnen, die bei Rechtsstreitigkeiten, die nationalstaatliche Interessen berühren, zugunsten der Regierung urteilen. Die Zentralbank als Hüterin der Währung und der Auflagen der Konvertibilität ist unabhängig von Exekutive und Kongress, abgesehen von der Rechenschaft, die sie beiden Gewalten im Staat schuldig ist.

Dieses verteilte Machtspektrum führt zur erwähnten Kohabitation, argentinischer Art. Ebenso wie Menem 1989 mit dem vorzeitig ausscheidenden Präsidenten Alfonsín ausgemacht hatte, dass sich die Radikalen für die bevorstehenden grundlegenden Gesetze über die Staatsreformen verpflichteten, die Beschlussfähigkeit in beiden Kammern zu garantieren, auch wenn sie gegen die Vorlagen der Exekutive stimmten, so hat sich de la Rúa noch vor seinem Amtsantritt bemüht, seine eigene Version der Kohabitation mit den Provinzgouverneuren in die Wege zu leiten.

Das ist dem gewählten Präsidenten nach anfänglichem Zaudern der Senatoren gelungen, als diese in der Vorwoche den sogenannten Fiskalpakt mit den Provinzgouverneuren absegneten. Der gleich-

zeitige Vorstoss in der Deputiertenkammer, auch den Haushalt und das Steuerpaket zu verabschieden, scheiterte, weil sich die Volksvertreter den Haushalt und vor allem die empfohlenen Steuerreformen erst einmal gründlich anschauen wollten, ehe sie dazu Stellung nehmen.

In der neuen Zusammensetzung der Kammer seit dem 10. Dezember kann die Allianz mit befreundeten Deputierten diese Projekte zwar durchpeitschen, ist aber auf die Zusage der Justizialisten sowie anderer Deputierter zwecks Zweidrittelmehrheit angewiesen, damit der Bericht des Haushaltsausschusses sogleich behandelt wird, anstatt eine Woche warten zu müssen, wie es das Kammerreglement vorschreibt. So geschah es auch, so dass die Kohabitation ihre zweite Prüfung bestand.

Dann folgt der Senat, wo die Justizialisten eine eigene Mehrheit besitzen. Vorerst haben diese Senatoren nur durch ihre Sprecher wissen lassen, dass sie gleich handeln werden wie ihre Parteikollegen in der Deputiertenkammer, was im Klartext heissen würde, dass der Haushalt und das Steuerpaket bachab läuft. Das wäre dann das vorläufige Ende der Kohabitation mit sicherlich ungewissen Folgen für die Kreditwürdigkeit Argentinien. Möglicherweise werden sich die Senatoren das anders überlegen, wenn sie die Folgen ihrer Opposition abschätzen.

Deshalb wird erwartet, dass der Senat in der kommenden Woche das Steuerpaket und das Haushaltsgesetz absegnet, womit die Kohabitation ihre dritte Prüfung bestehen würde. Zudem haben Regierung und Opposition Hals über Kopf die Intervention der Provinz Corrientes im Kongress gebilligt und somit eine vierte Prüfung der Kohabitation in die Wege geleitet.

Inzwischen hat Präsident de la Rúa eine neue Variante der Kohabitation eingeführt, als er die Intervention der Rentnerkasse, im Kürzel genannt PAMI, zu Dritt verfügte. Das Dreigespann bilden Cecilia Filgueras, Vizeministerin für soziale Fragen mit radikalem Parteibuch und bisher Vertrauensmitarbeiterin de la Rúas in der Stadtregierung von Buenos Aires, Angel Tognetto vom Frepaso, der für soziale Angelegenheiten in der gleichnamigen Provinz für die gescheiterte Gouverneursanwärterin und jetzige Ministerin für soziale Fragen, Graciela Fernández Mejjide, deren Schwager er ist, vorgemerkt war, und Horacio Rodríguez Larreta Jr., Parteijustizialist mit dreijähriger Erfahrung als Verwalter der Sozialkasse Anses, der im Fall des Wahlsieges von Eduardo Duhalde als Minister dieses Amtes angekündigt worden war. Diese Variante der Kohabitation wird als Staatspolitik gekleidet. Damit soll signalisiert werden, dass die brenzlige Pami-Verwaltung alle gleichermassen angeht und nicht Sache einer Regierungspartei sein sollte.

Wie diese Art Kohabitation lassen sich künftig noch andere Varianten finden, wobei Radikale und Justizialisten zusammenarbeiten, um dringliche Probleme zu lösen. Gelegentlich wird sich zeigen, wie sich diese Übung in der Präsidialdemokratie Argentinien entwickelt, in der die beiden grossen Volksparteien sich traditionell spinnefeind gegenseitig bekämpften und selten gemeinsame Sache machten. Inzwischen ist man in der Parteienlandschaft offenbar klüger geworden.

Mütter der Plaza de Mayo erhalten Unesco-Friedenserziehungspreis

Der diesjährige Preis für Friedenserziehung der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) ist am Montag in Paris den Müttern der Plaza de Mayo übergeben worden. Die Vorsitzende der Organisation, Hebe de Bonafini, nahm den mit 25.000 Dollar dotierten Preis aus der Hand des neuen Unesco-Generalsekretärs, des Japaners Koichiro Matsuura, entgegen. Dieser würdigte den Einsatz der Mütter der Plaza de Mayo für eine „gerechtere und solidarischere Gesellschaft“. Er verwies darauf, dass die Vereinigung der Mütter mittlerweile eine Bibliothek, ein literarisches Café, ein Kulturzentrum und eine Volkshochschule für Friedenserziehung ins Le-

ben rief. Hebe de Bonafini erinnerte in ihrer Rede an die Gründung der Organisation vor 22 Jahren, als eine Gruppe von 14 Frauen vor der Casa Rosada Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Kinder forderte.

Als die „neuen Verschwundenen“ bezeichnete Hebe de Bonafini die Arbeitslosen, „die von der Gesellschaft ausgestoßenen Opfer der Globalisierung“. Seitdem die Mütter der Plaza de Mayo wüssten, dass ihre Söhne nicht mehr zurückkehren würden, hätten sie sich entschlossen, „mit allen Müttern solidarisch zu sein, deren Kinder durch Bomben, Armut oder Hunger zugrunde gingen“.

Santibañes SIDE-Chef

Präsident Fernando de la Rúa hat den Unternehmer und alten Freund Fernando de Santibañes zum Chef des Geheimdienstes SIDE bestimmt. Hauptaufgabe des neuen SIDE-Chefs sei die Schaffung eines „Nationalen Sicherheitsrats nach nordamerikanischem Vorbild“, wie de la Rúa betonte. Obwohl der Präsident mit Santibañes nach eigenen Aussagen die „Idealbesetzung“ gefunden hat, löste die Ernennung des Ex-Bankers nicht nur bei vielen Funktionären, sondern auch bei Santibañes selbst Überraschung aus.

Für die Wahl Santibañes war nach Angaben des Präsidentschreibens ausschlaggebend, dass der neue SIDE-Chef eine „Persönlichkeit mit absoluter Treue gegenüber dem Präsidenten“ sei. Auch erfordere der Vorsitz ein „völliges Fehlen politischen Ehrgeizes“.

Diese Eigenschaften habe de la Rúa bereits bei Santibañes-Vorgänger Anzorreguy geschätzt, der Menem viele Jahre diene.

Buenos Aires Stadt zahlt pünktlich

In einem Schreiben an die Stadtregierung von Buenos Aires hebt D. Argüello, Direktor des Argentinischen Staatslieferantenverbandes, besonders lobend hervor, dass die jahrelangen, notorischen Unregelmäßigkeiten bei der Bezahlung von Lieferanten der Stadt Buenos Aires seit der Amtsübernahme durch De la Rúa abgeschafft wurden.

Auf Anfrage erklärte der Schatz- und Finanzsekretär der Stadt, E.A. Delle Ville, im August 1996 hätte die Wirtschaftsführung der Stadt eine Schuld von rd. \$ 1,16 Mrd. übernommen. Durch Abzahlung der Schuldenlast einschliesslich ihrer Zinsen wurde im Jahr 1998 zum ersten Mal, ausschliesslich mit den Einnahmen der Stadt, von der Wirtschaftsführung ein Haushaltsüberschuss erzielt.

Dieser Überschuss konnte ohne Steuererhöhungen und ohne jeglichen Personalabbau erzielt werden, erklärte der Stadtsekretär weiter. Als die Rezession eintrat, hatte die Wirtschaftsführung der Stadt mit geringeren Wachstumsraten (1% bei der Wirtschaft und 0,7% bei den Preisen) gerechnet als die Regierung, die 4,8% Wirtschaftswachstum vorweggenommen hatte. Unter diesen Voraussetzungen war das Sparprogramm ausgeglichener und der Haushaltsplan konnte eingehalten werden. Für 1999 ergibt sich ein Überhang von etwa 7%.

Für 2000 rechnet die Wirtschaftsführung der Stadt mit einer BIP-Zunahme von 3%. Der Haushaltsplan sieht um 0,8% weniger Ausgaben vor als die \$ 3,26 Mrd. dieses Jahres und der erwartete Überschuss soll 7,9% betragen. Für Investitionen werden \$ 366,4 Mio. zur Verfügung stehen. Das ist der höchste Betrag der letzten Zeit. Für das Gesundheitswesen soll 2000 um 4,3% mehr zur Verfügung gestellt werden, für den Sozialbereich um 17,8% mehr, für Erziehung um 2,3% mehr und für den Kulturbereich um 5,6% mehr.

Hohe Erwartungen an Rico

Vereidigung des Kabinetts von Gouverneur Carlos Ruckauf

Der Ex-„carapintada“-Chef und Ex-Bürgermeister von San Miguel, Aldo Rico, hat am Montag seinen Eid als neuer Sicherheitsminister der Provinz Buenos Aires abgelegt. Dabei erhielt Rico von allen Mitgliedern des Kabinetts von Gouverneur Carlos Ruckauf den stärksten Applaus. „Ich erwarte, dass man uns am Ende der Amtszeit ebenso applaudiert“, erklärte Ruckauf vor über 2.000 Parteifunktionäre und Aktivisten des PJ im Teatro Argentino in La Plata.

Rico, der seine Amtsräume im Sicherheitsministerium bereits am Freitag der Vorwoche bezogen hatte, übernahm das Amt trotz harscher Kritik der Allianz. Der Funktionär soll in seiner neuen Position das Versprechen Ruckaufs, „eine Kugel für jeden Verbrecher“, durchsetzen, um auf diese Weise die Kriminalitätsrate in der Provinz Buenos Aires

zu senken.

Neben Rico wurde Julián Domínguez als Minister für Öffentliche Bauten und Dienste, Haroldo Lebed (Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung), Jorge Casanovas (Justiz) und Raúl Othacehe (Innere) vereidigt. Gesundheitsminister Juan José Mussi und Wirtschaftsminister Jorge Sarghini, beide bis 10. Dezember im Kabinett Eduardo Duhalde, wurden in ihren Ämtern bestätigt. „Sie übernehmen eine schwere Verantwortung“, erklärte Gouverneur Ruckauf, „und haben meine volle Unterstützung für ihre große Aufgabe. Viele Bürger und Bürgerinnen erwarten für ihre Probleme eine Lösung.“ Am Dienstag übernahm auch der Generaldirektor für Bildung und Kultur, Octavio Bordón, sein Amt. Er legte seinen Eid auf besonderen Wunsch von Ruckauf in einer Schule ab.

Alderete mit Spendierhosen

Ex-PAMI-Chef gab 600.000 Pesos für „Vergnügen“ aus

Víctor Alderete, der umstrittene Ex-Chef des Rentnersozialwerkes PAMI, hat in seinem letzten Amtsjahr 400 Millionen Pesos mehr ausgegeben als im Haushalt 1999 vorgesehen war. Diese ungewöhnliche Steigerung in den Ausgaben des PAMI und zeitgleich abnehmende Leistungen der Institution sowie Zahlungs-

rückstände gegenüber Lieferanten waren der Grund für die nun seit Mittwoch von Cecilia Felgueras geleitete Intervention des PAMI. Für das Kabinett Fernando de la Rúa ist „das Ausufern des Haushaltes“ unter der Ägide Alderetes „Beweis für eine schlechte Verwaltung“ und eventuelle Korruptionsvorgänge und schürt den Verdacht, dass Mittel für politische Aktivitäten entfremdet wurden.

Nach Angaben der Allianzregierung wird das Rentnersozialwerk in diesem Jahr insgesamt Ausgaben in Höhe von 2,8 Milliarden Pesos anstelle der veranschlagten 2,4 Milliarden haben. Es gebe jedoch „keinen vernünftigen Grund für eine derartige Steigerung“, wie es in dem Prüfungsbericht des neuen Wirtschaftsministers José Luis Machinea heisst, der festgestellt, dass die Steigerungen „fast 17 Prozent des vom Kongress genehmigten Haushaltes betragen“.

Die PAMI hatte im letzten Amtsjahr Alderetes Leistungen

wie die Betreuung in den Krankenhäusern der Hauptstadt und die Versorgung der Rentner mit Medikamenten durch die Apotheken wegen Nichtzahlung der Rechnungen unterbrochen. Der Ex-PAMI-Chef rechtfertigte dies damit, dass das Schatzamt „nicht ausreichend Mittel“ für die Zahlung an Kliniken, Krankenhäuser und Apotheken zur Verfügung gestellt habe.

Den Angaben Alderetes entsprechend erhielt der PAMI in 1999 240 Millionen Pesos weniger, was bedeutet hätte, dass die Ausgaben in diesem Jahr nur 2,160 Milliarden Pesos betragen. Aus den Büchern allerdings geht hervor, dass der PAMI 640 Millionen mehr ausgegeben hat. Tatsächlich fanden die Prüfer unter dem Posten „Vergnügen für Direktoren“ „ungewöhnliche Ausgaben“ in Höhe von 600.000 Pesos. Alderete hat sich unterdessen in den Urlaub verabschiedet. Als letzte Anordnung an seine Mannschaft gebot er Widerstand gegen die Intervention.



**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

Amtsamttritt von 19 Gouverneuren

Zehn Provinzen wechselten / In neun wurden die Gouverneure wiedergewählt

Mit den Amtsamttritten von 19 Gouverneuren haben am vergangenen Wochenende die Amtsübernahmen in den Provinzen für 1999 einen Abschluss gefunden. Neben der Vereidigung Angel Mazzas in La Rioja, Carlos Reutemanns in Santa Fe und Carlos Ruckaufs in Buenos Aires legten auch in Mendoza, Río Negro, Formosa, Misiones, Chubut, Entre Ríos, Chaco, Neuquén, San Juan, San Luis, Salta, Catamarca, Jujuy, La Pampa, Santa Cruz und Santiago del Estero die neuen oder wiedergewählten Gouverneure ihren Amtseid ab. In Tierra del Fuego, wo der Justizialist Carlos Manfredotti zum Gouverneur gewählt wurde, wird die neue Provinzregierung erst am 10. Januar ihr Amt antreten, während in Corrientes, wo der Gouverneur Raúl „Tato“ Romero Feris seines Amtes enthoben wurde, im März 2000 Neuwahlen stattfinden werden.

In der bevölkerungsreichsten und strategisch wichtigsten Provinz Buenos Aires löste bereits am Freitag der vergangenen Woche der bisherige Vizepräsident Carlos Ruckauf Eduardo Duhalde im Amt ab.

In seiner Antrittsrede sagte Ruckauf der Korruption und dem Ver-

brechen den Kampf an. „Es ist an der Zeit, dass Mörder und Verbrecher beginnen, Angst zu haben“, sagte Ruckauf vor etwa 10.000 Menschen auf der Plaza Moreno in La Plata. In seiner Rede gab der ehemalige Vize-Präsident Menems zahlreiche Hinweise auf Transparenz, Haushaltsmittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zusätzliche Mittel für die Schulen.

Wie zuvor Ruckauf in La Plata verzichtete auch Carlos Reutemann in Santa Fe auf die Betonung parteilicher Unterschiede hinsichtlich „eines Präsidenten von der Allianz und eines peronistischen Gouverneurs“. „Ich werde an der Erreichung eines gemeinsamen Nenners für ein Projekt föderaler Verpflichtung mitarbeiten“, wandte sich der Ex-Rennfahrer in seiner Antrittsrede an Präsident Fernando de la Rúa. Es sei kein Platz für Streit oder erbitterte Kämpfe mit der Allianz, weder auf lokaler noch auf Landesebene. Vor dem Plenum der Legislative übte „Lole“ scharfe Kritik angesichts des „wirtschaftlichen Notstands“ der Provinz. Diesen zu beheben sei neben dem sozialen Aspekt das Hauptanliegen seiner Regierung.

Vertrauen in die Allianz-Regierung

CEOP-Umfrage spricht von den „Hoffnungen der Bürger“

Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Sicherheit und der öffentlichen Bildung sowie Bekämpfung der Korruption sind die wesentlichen Forderungen der Argentinier angesichts der neuen Ära, die mit dem Amtantritt des neuen Präsidenten Fernando de la Rúa am 10. Dezember begonnen hat. Dies ist das Ergebnis einer zwischen dem 1. und 9. Dezember in Buenos Aires, Groß-Buenos Aires und vier weiteren Städten des Landesinneren durchgeführten Umfrage des Centro de Estudios para la Opinión Pública (CEOP, Zentrum für die Erfor-

schung der Öffentlichen Meinung).

Demnach glaubt die Mehrheit der Bürger, dass die Regierung der Allianz Erfolg bei der „Lösung der dringlichsten Probleme“ haben wird. Die Mehrheit (79,7 Prozent) der Befragten ist auch davon überzeugt, dass de la Rúa die Konvertibilität aufrechterhalten werde, ein Aspekt, den der neue Präsident während der Wahlkampagne wiederholt hervorgehoben hat. Jedoch erwarten die Bürger keine bedeutenden Änderungen im Bereich von Löhnen und Gehältern.

Der Menemismus wurde von den Befragten „schlecht“ benotet und müßte daher ein Alarmzeichen für Carlos Menem hinsichtlich seiner Träume von einer Rückkehr ins Präsidentenamt im Jahre 2003 sein. Zumindest aber müßte Menem „aus dem Tiefkeller starten“, wenn er neuerlich das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen möchte. Denn obwohl die Führungskapazität von Menem und seinen Ministern noch eine bescheidene Zustimmung (22,4 Prozent) bekommt, erhoffen mehr als 90 Prozent, dass die Regierung de la Rúas das schlechte Image der öffentlichen Amtsträger des Menemismus hinsichtlich „Ehrenhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Sparsamkeit“ verbessern wird. Die Umfrage weist Präsident de la Rúa hingegen landesweit das beste positive Image (73 Prozent) aus, ihm folgen gar mit Raúl Alfonsín (60) und Carlos „Chacho“ Alvarez (49,4) zwei Politiker aus dem eigenen Lager.

Im PJ, wo an erster Stelle die Parteiführung noch zur Diskussion steht, erfreuen sich mit Carlos Reutemann (47,8 Prozent), Carlos Ruckauf (45,4 Prozent) und José Manuel de la Sota (29,6 Prozent) drei Politiker, die als mögliche Präsidentschaftskandidaten des PJ für 2003 genannt werden, des besten Images.

Trost bietet die CEOP-Untersuchung für Menem aber dahingehend, dass sein „Erzfeind“ Eduardo Duhalde von 67,1 Prozent der Befragten mit negativen Erwägungen eingestuft wird. Eine

weitere gute Nachricht für den Ex-Präsidenten ist, dass ihn trotz allem 38,1 Prozent als den zukünftigen PJ-Chef sehen, weit vor Duhalde (19,9 Prozent), Ruckauf (14,9 Prozent) oder Reutemann (11,8 Prozent). Zwischen dem Lager der Allianz und dem des PJ liegt Domingo Cavallo, dem 46,3 Prozent der Befragten ein positives Image attestieren.

Auch der PJ in seiner Gesamtheit bekam bei der Beurteilung durch die Bürger schlechte Noten. 50,3 Prozent der Befragten empfanden das Verhalten des PJ in der Zeit zwischen der Präsidentschaftswahl vom 24. Oktober und der Übergabe der Regierungsgeschäfte am 10. Dezember als „sehr schlecht“ oder „schlecht“. Das Verhalten der Allianz wurde im gleichen Zeitraum von 67,4 Prozent der Befragten jedoch als „sehr gut“ oder „gut“ eingestuft.

Die Zurückhaltung der peronistischen Parlamentarier bei der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2000, wie das de la Rúa wiederholt gefordert hat, scheint ebenfalls einen Einfluss darauf gehabt zu haben, dass 55,6 Prozent der Befragten meint, es werde eine wilde parlamentarische Opposition geben, die ein Hindernis für jede Initiative der Allianzregierung sein wird.

Auch sind fünf von zehn Befragten der Meinung, dass der PJ in seiner Rolle als Opposition nicht als einiger Block auftreten wird, was als Anzeichen dafür interpretiert wird, dass es dem PJ an tatsächlicher Führung mangelt.

Senat soll neues Gesicht erhalten

Vizepräsident Carlos „Chacho“ Alvarez will dem Senat ein neues Gesicht verpassen und hat aus diesem Anlass ein Paket von Maßnahmen und Projekten mit dem Ziel eingereicht, ein hochkarätiges politisches Profil zu gewinnen, selbst wenn dies zu Lasten einiger Traditionen gehen sollte.

Allerdings scheint eine seiner vordringlichsten Absichten vorerst gescheitert zu sein, denn der Menemist Rodolfo Barras wird nun doch oberster Rechnungsprüfer der Nation, nachdem ihn die Menem-Regierung noch kurz vor ihrem Ausscheiden nominiert hatte. Der Vizepräsident kündigte aber an, Barra nicht vereidigen zu wollen.

Auch will „Chacho“ die „ñoquis“ im Senat abschaffen, also jene Mitarbeiter, die jeden Monat nur einmal - am 29. - erscheinen, um ihren Gehaltscheck abzuholen. Die Maßnahme ähnelt der von Eduardo Duhalde, der 1989 als Vizepräsident unter Menem gleich 450 dieser ñoquis entliess. Ebenso will Alvarez Ausgaben und den täglichen Haushaltsstand des Senats im Internet veröffentlichen. Senator Pedro Del Piero ging noch weiter und forderte unterdessen, auch die komplette Namensliste des Personals zu veröffentlichen.

In diesem Zusammenhang sollen auch alle Ernennungen geprüft werden, die Carlos Ruckauf in den letzten 180 Tagen seines Mandats als Vizepräsident vorgenommen hatte. Eine Reihe von Justizverfahren soll weiterverfolgt werden. Ruckauf musste vor diesem Hintergrund bereits die Verwaltungsssekretärin Matilde Guerrero entlassen.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Soziale Sicherheit

Der neue Präsident Fernando de la Rúa hat den Ex-Bürgermeister von San Isidro, Melchor Posse, zum Staatssekretär für Soziale Sicherheit ernannt. Damit untersteht Posse auch die Administración Nacional de Seguridad Social, die umstrittene und berüchtigte ANSES sowie alle mit dem Sozialversicherungswesen zusammenhängenden Einrichtungen. Posse akzeptierte die Ernennung nach Presseberichten erst, als ihm de la Rúa zusagte, dass er „Techniker seines Vertrauens“ einstellen dürfe.

Barras Amtsübernahme

Der neue Präsident des Generalrechnungshofes, der Ultramenemist Rodolfo Barra, hat am Dienstag sein Amt angetreten. Unmittelbar nach seiner Vereidigung erklärte er, dass aus der Zeit vor dem 10. Dezember nichts an-

hängig wäre, was untersucht werden müßte. Seine Vorgänger Enrique Paixao habe dies bereits geprüft. Unterdessen beantragte der PJ-Senator Emilio Cantarero jedoch einen Bericht darüber, ob Paixao neben seinem Gehalt eine Privilegiertenpension beziehe. „Wenn dies der Fall wäre, zeugte dies von moralischer Unfähigkeit“, sagte Cantarero.

Fogelman geht

Als erste Amtshandlung hat der neue bonaerenser Sicherheitsminister Aldo Rico den umstrittenen Kommissar Víctor Fogelman in den Ruhestand versetzt. „Herr Kommissar, für Sie ist in der neuen Polizei kein Platz“, erklärte Rico dem Leiter der Untersuchung des Mordes an dem Fotojournalisten José Luis Cabezas. Derart befreite sich Rico von dem einzigen aktiven Beamten der Provinzpolizei, der in engem Kontakt mit

deren Führung stand.

Ruckaufs Brücke

In seiner ersten Kabinettsitzung hat Gouverneur Carlos Ruckauf eine „Brücke“ zu Fernando de la Rúa „geschlagen“, um so Gesundheits- und Arbeitspläne, die mit Mitteln aus dem Nationalhaushalt finanziert werden, weiter verfolgen zu können. Seine Minister hielt er dazu an, bei der Nationalregierung „die Weiterführung der Mutter und Kind-Pläne zu erwirken“. Bei öffentlichen Bauvorhaben sollten künftig Vertragsfirmen, die keine illegalen Ausländer beschäftigt, bevorzugt werden.

Kabinettschef Terragno

Rodolfo Terragno, der neue Kabinettschef hat sich mit dem Redigieren des Aufrufes zu außerordentlichen Sitzungen des Kongresses befasst, den er zusammen mit Fernando de la Rúa unterzeichnen wird. In den Sitzungen werden der Haushalt 2000 und die Fiskalreform zur Debatte stehen. Terragno legte auch die Struktur seines Bereichs fest, in der es ein von Raúl Palacios geführtes Koordinationssekretariat mit vier Untersekretariaten für die Beziehungen zu den Ministerien geben soll.

Erdstöße im Cuyo

Zwei leichte Erdstöße sind am Montag die Provinzhauptstadt Mendoza und in der Provinz San Juan registriert worden. In beiden Fällen erreichte die Stärke des Naturphänomens kaum 4,5 Grad auf der nach oben offenen Richterskala. Sowohl in Mendoza als auch in San Juan gab es weder Verletzte noch Sachschaden.

Waldbrand im Süden

Der Waldbrand im Nationalpark Lanín in San Martín de los Andes im Süden von Neuquén ist nach Mitteilung der Behörden außer Kontrolle. Mitte der Woche waren bereits mehr als 264 Hektar Baumbestand verbrannt. Auf Grund des Feuers mußte die Straße der „Siete Lagos“ (sieben Seen) gesperrt werden. Die Verwaltung der Nationalparks teilte weiter mit, dass bisher keine Häuser in Gefahr seien, aber das Feuer auf Grund der klimatischen Bedingungen schnell fortschreite.

Essen mit Freunden

Guido Di Tella hatte seine ganz persönliche Verabschiedung am Montagabend im Círculo Italiano. Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Kultur, nostalgische Menemisten, Politiker und Ex-

Funktionäre nahmen an dem von Freunden des Ex-Außenministers organisierten Essen teil, darunter die Senatoren Eduardo Bauzá und Antonio Cafiero, der bonaerenser Ex-Sicherheitssekretär León Arslanián, die Wirtschaftler Roberto und Juan Alemann und der Unternehmer Santiago Soldati.

Alvarez-Kritik

Der Zustand des Arbeitszimmers in der Casa Rosada, das dem Vizepräsidenten zusteht, hat „Chacho“ Alvarez Anlass gegeben, sich zu ärgern. „Es ist unwirtschaftlich“, kommentierte Alvarez gegenüber Angestellten des Regierungsgebäudes und wies auf Schäden im Parkettboden und an den Tapeten hin. Andererseits aber äußerte er Begeisterung, weil das Zimmer direkt neben dem Balkon liegt, von dem aus Juan Domingo Perón am 17. Oktober 1945 seine historische Rede hielt.

Garzón hält Kurs

Der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón hat am Dienstag die Anklage gegen 98 Vertreter der argentinischen Militärdiktatur bestätigt. Der Nationale Gerichtshof, die oberste Instanz der spanischen Strafjustiz, hatte im November die Aufhebung der internationalen Haftbefehle gegen die 98 Militärs und Polizisten gefordert. Die erhobenen Anklagen richten sich unter anderem gegen Jorge Videla, Lopolodo Galtieri sowie Emilio Prossera.

Cabezas-Prozess

Am Dienstag hat der Prozess gegen zehn Angeklagte wegen der Ermordung des Foto-Journalisten José Luis Cabezas im Januar 1997 begonnen. Staatsanwalt Felipe Defelitto sagte in seinem Eröffnungsplädoyer im Gericht von Dolores in der Provinz Buenos Aires, Cabezas sei wegen seiner Recherchen über kriminelle Machenschaften der Geschäftswelt ermordet worden. Durch die Tat habe die Presse im allgemeinen eingeschüchtert werden sollen. Der als Anstifter des Mordes geltende Unternehmer Alfredo Yabran hatte sich im Mai 1998 kurz vor seiner bevorstehenden Festnahme das Leben genommen. Cabezas hatte Yabran heimlich fotografiert und das Foto veröffentlicht. Wenig später wurde er ermordet. Während des Verfahrens sollen mehr als 500 Zeugen gehört werden, unter ihnen Eduardo Duhalde und Domingo Cavallo.

LAVArropas

KOH-I-NOOR

ENTRA EN SU CASA



Entra en su casa

40 cm.

DE ANCHO



Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. Echeverría 930
 Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Fiskalpakt unter Dach und Fach

Mit bemerkenswerter Eile hat der Kongress den Fiskalpakt in ein Gesetz gekleidet, der zu Beginn der Vorwoche, unmittelbar nach dem Amtsantritt der neuen Regierung, zwischen der Wirtschaftsführung und den Provinzgouverneuren ausgehandelt worden war. Der Senat segnete den Pakt drei Tage später ab und die Deputiertenkammer folgte Mitte der abgelaufenen Woche.

Ohne diesen Fiskalpakt hätte kein Haushaltsgesetz mit einem maximalen Kassendefizit von \$ 4,5 Mrd. für 2000 ausgearbeitet werden können, wie es das Gesetz über die Solvenz des Staates vorschreibt. Ebenso hätten ungleich schärfere Steuergesetze erlassen werden müssen, um besagtes Fiskalziel zu erreichen.

Der Fiskalpakt bedeutet im Klartext, dass die Gouverneure der Gliedstaaten im Jahr 2000 \$ 1.350 Mio. monatlich und im Jahr 2001 1.364 Mio. ebenfalls monatlich aus den sogenannten Beteiligungssteuern erhalten werden, so dass sie auf den in den Gesetzen über die Beteiligungen der Provinzen und der Nation an diesen Steuern erwarteten Zuwachs verzichten. Bisher erhielten die Gliedstaaten automatisch ihren prozentualen Anteil an den Steuereinkünften, der ihnen von der Steuerbehörde AFIP täglich

auf ihre Konten beim Banco de la Nación gutgeschrieben wird.

Die laufenden Steuereinnahmen des nationalen Schatzamtes waren seit 1994 relativ zurückgegangen, weil die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialkassen der Anses und die Zölle kraft Zollunion im Mercosur und anderen Freizügigkeiten wie insbesondere Maschinenimporte fühlbar zurückgegangen sind. Dieser Einnahmeverlust wurde durch Beteiligungssteuern wettgemacht, wobei den Gliedstaaten ein Gewinn abfiel, da sie etwa zur Hälfte an diesen Steuereinkünften beteiligt sind. Die Folge waren massive Zunahmen der Ausgaben in den Provinzen.

Bei einem möglichen Kassendefizit von \$ 11,5 Mrd. für 2000 musste die Regierung dieser fiskalpersiven Entwicklung Einhalt gebieten. Der vorherige Wirtschaftsminister Roque Fernández hatte im Haushaltsentwurf vorgeschlagen, die Sonderfonds praktisch auszuschalten, die mit Beteiligungssteuern finanziert und von den Provinzen verwaltet werden. Das wurde im Kongress jedoch glatt abgelehnt. Alle Gouverneure, gleich welcher Parteizugehörigkeit, hatten sich den Verzicht auf ihre Sonderfonds vorbehalten.

Noch vor seiner formellen Er-

nennung empfahl Wirtschaftsminister José Luis Machinea den Provinzgouverneuren das jetzt gebilligte Schema für vier Jahre. Die Gouverneure konterten mit nur einem Jahr, so dass es mit zwei Jahren zu einem Kompromiss kam. Das bedeutet im Jahr 2001 eine neue Verhandlungsrunde, weil sonst die in den beiden kommenden Jahren erwarteten höheren Steuereinnahmen ab 2002 den Provinzen laut Beteiligungssteuergesetzen wieder voll zufallen würden, womit sie ihre Ausgaben abermals uferlos erhöhen könnten. Das Schatzamt würde dadurch wieder hoffnungslos defizitär werden. Das Solvenzgesetz, das die Abschaffung des Defizits bis 2003 vorsieht, könnte nicht eingehalten werden. Argentinien würde an den internationalen Finanzmärkten als möglicherweise zahlungsunfähig eingestuft werden und müsste wieder höhere Länderrisikoprämien bezahlen, um die Fälligkeiten und das Defizit zu finanzieren. Ausufernde hohe Inlandszinsen würden den Aufschwung stoppen, der besonders milde bereits un-

terwegs ist und sicherlich 2000 und 2001 anhalten wird.

Diese Problematik der Beteiligungssteuern ist mitnichten gelöst, sondern nur aufgeschoben worden. Kein Gouverneur hat bisher die geringste Bereitschaft gezeigt, auf die in den Gesetzen verbrieften Anteile an diesen Steuern zu verzichten. Der jetzige Fiskalnotstand hat sie nur bewegen, eine zweijährige Verschnaufpause einzufügen. Danach tritt das jetzige Fiskalproblem in voller Schärfe wieder auf, so dass sich die Regierung einigens einfallen lassen muss, damit sie auch 2001 über die Runden kommt. Im dritten Quartal 2001 finden zudem erstmals landesweite Volkswahlen für alle Senatoren statt, so dass die Diskussion sicherlich erst nach den Wahlen einsetzen wird.

Vorher werden die meisten Senatoren auf Wiederwahlfeldzügen kaum bereit sein, die geringsten Steuerkonzessionen zuzugestehen. Als jetziger Trost verbleibt die Tatsache, dass der Fiskalpakt klare Verhältnisse für 2000 und 2001 herstellt.

Das Steuerpaket

Die Deputiertenkammer hat in einer zehnstündigen Sitzung ausser dem Fiskalpakt auch das empfohlene Steuerpaket mit Reformen verabschiedet, das wir an dieser Stelle in der Vorwoche kommentiert haben.

Die Steuerstruktur soll künftig vermehrt auf der Gewinnsteuer beruhen, die zusammen mit dem höheren Satz von 0,75% anstatt bisher durchweg 0,5% für die Steuer auf private Vermögen bei Werten von \$ 200.000 und mehr vermehrte Einnahmen einbringen soll und vor allem anständige Steuerzahler zur Kasse bittet. Hinterzieher bleiben im Abseits.

Bei der Mehrwertsteuer sollten Freizügigkeiten abgeschafft werden. Das gelang bei Omnibusfahrkarten auf mehr als 100 km, privaten Krankenkassen, genannt „prepagas“, und Kabelfernsehen, alle drei zum halben Satz von 10,5%, wobei letztere Unterhaltung eigentlich den vollen Satz von 21% bezahlen müsste, was wirksame Lobbies verhütet haben. Der Verkauf von Tageszeitungen und Zeitschriften

bleibt ebenfalls steuerfrei, so dass die empfohlene Diskriminierung gegen die Zeitschriften unter den Tisch fiel.

Bei den internen Konsumsteuern sollen die Zigaretten 65% gegen jetzt 60% entrichten, ohne dass der Zuwachs den Tabakfonds speist. Alkoholika, Bier sowie Colagetränke, ausgenommen Wein, werden mit 8% gegen jetzt 4% belastet, andere Getränke wie Mineralwasser mit 4% gegen jetzt Null, gewisse Luxusartikel und die Zellulartelephonie ebenfalls.

Die Freizügigkeit, die Lösungsmittel bei der Brennstoffsteuer geniessen, sollte abgeschafft werden, damit sie nicht mehr dem Benzin beigemischt werden, wobei Farbfabriken, Druckereien und andere Industriebetriebe durch Gutschriften entlastet werden sollten, doch die Deputiertenkammer liess diese Reform nicht durch. Die Lobbies hatten sich abermals durchgesetzt.

Eine attraktive Quelle für vermehrte Steuereinnahmen entsteht durch die Anhebung des Höchst-

Randglossen

Kundgebungsfreudige Gewaltmenschen in Corrientes haben ihr Ziel erreicht. Nachdem sie die Brücke zwischen Corrientes und Resis-tencia mehrere Tage lang blockiert und andere Zufahrtsstrassen ebenfalls mit Menschenmauern gesperrt haben, sah sich die Nationalregierung genötigt, den Kongress mit der Intervention der Provinzregierung zu bemühen. Beide Kammern folgten am gleichen Tag dieser Aufforderung. Alle drei Gewalten der Provinz wurden abgesetzt. Der Interventor wird mit einem dicken Scheckbuch in der Provinz aufwarten, um die rückständigen Gehälter der 50.000 Bürokraten zu bezahlen, 30.000 mehr als vor sechzehn Jahren, als landesweit gewählt wurde. Der Pleitegeier schwebt über dieser unglücklichen Provinz, wo sich die Politiker untereinander streiten, nacheinander als Gouverneure ihre Gefolgsleute im Amt einstellen und dann Konkurs anmelden. Die Zeche muss leider ganz Argentinien bezahlen, ob man es so haben will oder die Correntiner lieber in der eigenen Sosse schmoren lassen würde, bis sie sich zusammenreissen und selber helfen.

Nur wenige Tage nach seiner Amtseinsetzung hat Präsident de la Rúa gleich vier Gesetze des Kongresses durch Vetos für ungültig erklärt. Es ging dabei keinesfalls um staatstragende Angelegenheiten, doch de la Rúa hat die Signale seines Regierungsstils gesetzt, als er Gesetze widerrief, die Ausgaben verfügten, ohne dass für die Einnahmen gesorgt worden wäre, wie es gültige Gesetze vorschreiben. Offenbar kümmert sich der neue Staatschef nicht nur um grundlegende Reformen im Haushalt mitsamt neuen Steuern, um das ansonsten uferlose Defizit zu verringern, sondern auch um finanzielle Lappalien, mit denen er richtige Akzente setzt. Wer daraus nicht lernt, dem kann nicht geholfen werden. De la Rúa wirkt nicht nur bescheiden, allenfalls auch langweilig, sondern handelt auch dementsprechend.

betrages von jetzt \$ 4.800 auf künftig \$ 6.000 für Gehälter, auf die die Lohnbeiträge für Anses berechnet werden. Dadurch werden alle Managergehälter für die betreffenden Unternehmen verteuert, was sicherlich für manche Firmen eine schmerzliche Kostenzunahme bedeutet. Ebenso müssen solche Gehälter entsprechend mehr besteuern. Diese Einnahmen werden nicht mit den Gliedstaaten geteilt.

Die 15prozentige Zinssteuer wird auf Zinssätze von maximal 15% beschränkt, was sicherlich zahllose Kleinfirmen und private Schuldner entlastet, die höhere Verzinsungen bezahlen müssen. Diese Steuer verteuert die Fremdfinanzierung und verhindert Neuinvestitionen zwecks Arbeitsbeschaffung.

Die lästige Kraftwagensteuer wird ab 2000 abgeschafft. Wer sie bisher nicht bezahlt hat, darf sie in vier Zweimonatsraten abgeben. Das betrifft zumal Omnibusse und Flugzeuge, deren Inhaber sich bisher standhaft geweigert hatten, die Steuer mit dem Aufkleber zu entrichten. Der Lehrerfonds, der zwecks Gehaltsaufbesserungen mit dieser Steuer finanziert wurde, bleibt indessen bestehen und wird 2000 vom Schatzamt für \$ 600 Mio. finanziert werden. Allerdings werden die Zuwendungen an die Gliedstaaten an Bedingungen geknüpft werden, die die Privilegien der Lehrkräfte tangieren werden. Man darf somit getrost Auseinandersetzungen zwischen dem nationalen Erziehungsministerium unter Juan Llach und den Erziehungsämtern der Gliedstaaten sowie der Lehrgewerkschaft erwarten, kaum dass die Auflagen für die Auszahlung der Aufbesserungen erfüllt werden.

Die hohen Renten, darunter auch die sogenannten Privilegienrenten, werden künftig einer Sondersteuer unterzogen. Ab \$ 3.100 monatlich bis \$ 5.000 wird 20% auf den Überschuss abgezogen. Bis \$ 7.000 wird \$ 380 plus 35% auf den Überschuss, bis \$ 9.000 \$ 1.080 plus 50% auf den Überschuss und ab \$ 9.000 \$ 2.080 plus 70% auf den Überschuss abgezogen. Bisher hatte der Kongress die wiederholten Bemühungen des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums zur Senkung der hohen Renten abgelehnt, die bekanntlich auch Parlamentarier, Richter, Minister, Staats- und Unterstaatssekretäre

sowie Botschafter im Ruhestand beziehen. Die Sondersteuer belastet indessen auch normale hohe Renten von Personen, die keinerlei öffentliche Ämter bekleiden und die hohe Beiträge auf ihre Gehälter geleistet haben, so dass diesbezüglich keinerlei Privileg vorliegt wie bei Beamten, die weniger Dienstjahre, jüngeres Rentenalter und Verkoppelungen ihrer Renten mit den Gehältern der gleichen Amtsinhaber ausweisen, worauf die angeprangeren Privilegien beruhen. Ob privilegierte Provinzrentner in den noch bestehenden Provinzkassen diese Abstriche auch hinnehmen müssen, sei offen gestellt.

Die neu einzuführende Erbschaftssteuer, die der Haushaltsausschuss der Deputiertenkammer auf eigene Initiative vorgeschlagen hatte, ohne dass sie die Exekutive empfohlen hätte, ging im Plenum bachab. Für eine solche neue Steuer sind verfassungsmässig die Stimmen der absoluten Mehrheit der Kammermitglieder vonnöten, die nicht aufzubringen war. Die Erbschaftssteuer wurde 1951 zunächst durch eine Kapitalsteuer auf Aktiengesellschaften und später allgemein durch eine Steuer auf private Nettovermögen ersetzt, so dass sie in der Praxis zu Lebzeiten abgegolten wurde. Damit sollte zahllosen Familien die Qual erspart werden, die nach dem Tod des Hauptverdieners durch die Auflösung des Familienvermögens zwecks Bezahlung der Erbschaftssteuer anfiel. Diese Steuer hat zudem nie viel eingebracht und ist stets besonders kompliziert bei der Eintreibung gewesen, so dass sie auch 1976 nach der Wiedereinführung wenige Jahre zuvor wieder abgeschafft wurde. Als Signal für hinterzogenes Auslandsvermögen hätte sie verheerend gewirkt und abermals bewiesen, dass man als anständiger Steuerzahler in Argentinien stets betrogen wird, wo Hinterzieher mit Auslandsvermögen sich hinter das Bankgeheimnis oder in Steuerparadiesen verstecken. Uruguay hätte sich diebisch über die argentinische Erbschaftssteuer gefreut, weil dort das Bankgeheimnis die Steuerhinterzieher mit Depositen in off-shore-Banken schützt.

Die Regierung De la Rúa hält die Ethik hoch und verabscheut schmutzige Geschäfte mit Schmiergeldern. Trotzdem hat die Deputiertenkammer gleich

zwei Mal das Dekret über die private Kontrolle der Verzollungspreise bei Verschiffungen für Importe ausser Kraft gesetzt. Zuerst in der Vorwoche in der Gesetzesvorlage, die der Senat bereits verabschiedet hatte, zwecks Reformen am Zollkodex und dann im Steuerpaket.

Es geht dabei um die Unterfakturierung bei Importen, die zu niedrigeren Verzollungskosten und danach zu Schwarzverkäufen führt, damit die Differenz zwischen dem echten Einstandspreis im Ausland und den niedrigeren angegebenen Verzollungswert transferiert werden kann. Korrupte Zollbeamte und Importeure beanstanden das Verfahren, das in den beiden letzten Jahren weit über \$ 500 Mio. Mehreinnahmen eingebracht hat, mit dem fadensteinigen Argument der Honorare, die private Überwachungsfirmen beziehen und die weniger

Bescheidene Budgetabstriche

Die Deputiertenkammer hat am nächsten Tag ihrer Verabschiedung des Fiskalpaktes und des Steuerpakets auch erwartungsgemäss den Haushalt für 2000 gebilligt, den der Senat zusammen mit dem Steuerpaket in der kommenden Woche behandeln soll. Falls Reformen eingefügt werden, müsste der Kongress sie in der letzten Woche vor Jahresende regeln, anderenfalls die drei Herzstücke der Finanzpolitik der Regierung vor Weihnachten unter Dach und Fach wären.

Der Haushalt wurde in der Deputiertenkammer mit den bescheidenen Abstrichen mehrerer Ausgabenparten verabschiedet, die die neue Regierung vorgeschlagen hatte. Der Ausgangspunkt war indessen der Haushaltsvorschlag der vorherigen Wirtschaftsführung.

Insgesamt wurden Abstriche für \$ 1,4 Mrd. bei den Ausgaben gebilligt. Der grösste Posten betrifft die Rentenkassen mit minus \$ 378 Mio., welcher Betrag auf die Kürzung der hohen Renten (siehe Kommentar über das Steuerpaket) beruht. Geheimfonds („gastos reservados“) werden um \$ 175 Mio. verringert, Subventionen an notleidende Provinzen, im spanischen Kürzel ATN, um \$ 162 Mio., das Programm zur Arbeitsförderung um \$ 125 Mio., die Sondersubvention an die Provinz La Rioja um \$ 100 Mio., die kurz vor dem Abgang Menems

als ein Fünftel der Mehreinnahmen betragen. Ohne die Preiskontrolle im Verschiffungshafen durch private Firmen werden überhaupt keine Kontrollen durchgeführt, so dass korrupte Importeure Schmiergelder an ebenfalls korrupte Zollbeamte bezahlen können und in der Folge den schwarzen Kreislauf der Steuerhinterzieher nähren. Wie sich diese beiden Vorstösse der von der Allianz beherrschten Deputiertenkammer mit der Ethik im Staat reimen lässt, die Präsident Fernando de la Rúa predigt, ist kaum nachvollziehbar. Der Senat, in dem die Justizialisten eine eigene Mehrheit besitzen, wird diesbezüglich das letzte Wort fällen.

Als letzte Instanz verbleibt gegebenenfalls das Veto des Präsidenten gegen diesen groben Unfug, mit dem der Korruption Tür und Tor geöffnet wird.

Als letzte Instanz verbleibt gegebenenfalls das Veto des Präsidenten gegen diesen groben Unfug, mit dem der Korruption Tür und Tor geöffnet wird. Die Deputiertenkammer hat am nächsten Tag ihrer Verabschiedung des Fiskalpaktes und des Steuerpakets auch erwartungsgemäss den Haushalt für 2000 gebilligt, den der Senat zusammen mit dem Steuerpaket in der kommenden Woche behandeln soll. Falls Reformen eingefügt werden, müsste der Kongress sie in der letzten Woche vor Jahresende regeln, anderenfalls die drei Herzstücke der Finanzpolitik der Regierung vor Weihnachten unter Dach und Fach wären.

Die leidige Industrieförderung wurde vollends aufgelöst. Sie sollte im Haushaltsprojekt auf Umwegen wieder auftauchen, indem nicht ausgeschöpfte Kontingente neu zugeteilt werden dürften, doch die im Plenum der Kammer redigierte und verabschiedete Fassung des betreffenden Paragraphen hört mit diesem Widersinn endgültig auf. Die Industrieförderung hat die Nation im letzten Vierteljahrhundert nach einer Berechnung des ehemaligen Wirtschaftsministers José María Dag-nino Pastore im Auftrag der geschädigten Provinz Mendoza über \$ 34 Mrd. gekostet und etwa nur die Hälfte an Investitionen bewirkt. Die Nachbarprovinzen von Mendoza (San Luis, San Juan, La Rioja und Catamarca) haben den Löwenteil der Industrieförderung erhalten und Mendoza durch den Abzug bestehender Industrien in sub-

ventionsbegünstigte Gefilde geschädigt.

Als Zuckerbrot, damit Deputierte und Senatoren der mit der Industrieförderung begünstigten Provinzen der Auflösung dieser Subventionen zustimmen, erweitert der Haushalt die durch den Aufschub der zinslos nach 15 Jahren zu bezahlenden Mehrwertsteuer entstehende Subvention auf 20 Provinzen, allerdings für bescheidene Beträge von \$ 200.000 bis \$ 2,0 Mio. je nach Provinz, wobei der Unternehmer den gleichen Betrag aus eigenen Mitteln oder Krediten aufbringen muss. Alle Provinzen ausser Buenos Aires, Santa Fe und Entre Ríos sowie die Bundeshauptstadt geraten in den Genuss dieser Subventionskontingente für nicht industrielle Investitionsprojekte. Sie sollen dem Ackerbau, der Aufforstung, dem Gemüseanbau, den Olivenhainen und anderen Agrarprodukten sowie dem Tourismus und sonstigen Dienstleistungen bestimmt werden. Die Nation bezahlt ungewollt diese Subventionen, indem die Mehrwertsteuern nicht an das Steueramt abgeliefert, sondern in diese Investitionsprojekte fliessen, die freilich fallweise autorisiert werden müssen. Nach 15 Jahren sollen diese Beträge zinslos und ohne Inflationskorrektur, falls vorhanden, getilgt werden. Dieses Finanzprivileg bewirkt die Gesuche für die Investitionen.

Der Haushalt bestätigt die Subvention der Gliedstaaten zur Finanzierung der Gehaltsaufbesserungen für Lehrkräfte im Betrag von \$ 600 Mio. zu Lasten des nationalen Schatzamtes an Stelle der Kfz-Steuer mit Aufkleber, die abgeschafft worden ist. Laut Verfassung und Gesetze ist die Erziehung Sache der Gliedstaaten, nicht der Nation, die nur Universitäten unterhält, so dass mit dieser Subvention ein institutioneller Rückschritt besiegelt wird, der dazu führt, dass die Gliedstaaten ihre Ausgaben erhöhen, allerdings auf Kosten der Nation. Bisher wurde mit der Kfz-Steuer auch das Verwaltungspersonal aufgebessert, das keinesfalls lehrt, wobei auch Ersatzlehrkräfte, die nur aushilfsweise lehren, ebenfalls begünstigt wurden. Wie die künftigen Auflagen für diese Gehaltsaufbesserungen aussehen werden, bleibt abzuwarten.

Der Haushalt ermächtigt das Schatzamt, im Jahr 2000 bis \$ 48,1 Mrd. auszugeben. Dieser

Betrag ist mitnichten eine bindende Verpflichtung, sondern lediglich eine Ermächtigung. Sofern die Steuergelder einkommen und die Finanzierung des Defizits sowie der Fälligkeiten der Staatsschulden ordnungsgemäss eingehen, werden die betreffenden Etatposten sicherlich zugestanden werden, anderenfalls das Schatzamt sicherlich neue Sparmassnahmen empfehlen dürfte. So hat es Wirtschaftsminister Roque Fernández im zweiten Quartal 1999 verfügt, als über \$ 1,0 Mrd. Ausgaben gestrichen wurden, die freilich durch andere zusätzliche Ausgaben mehr als kompensiert worden sind.

Mit dem Haushaltsgesetz und dem Steuerpaket schätzt die Regierung, dass das Kassendefizit im Schatzamt 2000 nicht mehr als \$ 4,5 Mrd. betragen wird, was freilich noch zu beweisen ist. Von jetzt an werden alle Beobachter der staatlichen Finanzszenen, angefangen mit dem Internationalen Währungsfonds und den Rating-Agenturen zwecks Benotung argentinischer Schuldverschreibungen, die monatlichen Steuereingänge und die Ausweise des Schatzamtes mit vermehrtem Interesse verfolgen. Diese Dokumente, die jeweils in den ersten Tagen jedes Monats veröffentlicht werden, auch im Internet, werden zeigen, ob es der neuen Wirtschaftsführung gelingt, die Haushaltsauflagen einzuhalten. Davon hängt die Beurteilung des Schatzamtes als solventer Schuldner ab, worauf wiederum die Länderrisikoprämie beruht, die das gesamte inländische Zinsgefüge beeinflusst. Das bestimmt das Wirtschaftswachstum, das im Haushalt die Schätzung des vorherigen Wirtschaftsministers von 3,5% für 2000 bestätigt, damit das Steueraufkommen die erwarteten Mehreinnahmen einbringt. Steuereinnahmen im Haushalt werden nur geschätzt, Ausgaben ermächtigt.

Der Haushalt für 2000 von \$ 48,1 Mrd. entfällt zu 61,5% gleich \$ 29,6 Mrd. auf soziale Aufwendungen (Gesundheit, Erziehung, Renten und dergleichen), 18,8% gleich \$ 9,0 Mrd. auf Schuldendienste (Zinsen, Provisionen und andere Spesen), 7,7% gleich \$ 3,7 Mrd. auf staatliche Verwaltung, lies Bürokratie (Gehälter und Nebenkosten sowie Beschaffungen) und magere 5,2% gleich \$ 2,5 Mrd. für staatliche Bauten und Infrastruktur.

Diese Ausgabenstruktur im nationalen Haushalt entspricht etwa den konsolidierten Ausgaben der öffentlichen Hand (Nation, Gliedstaaten und Gemeinden, ohne Verdoppelungen der Transfers der Nation an Gliedstaaten und dieser an Gemeinden). Soziale Ausgaben stehen dabei mit rund 63% der Gesamtausgaben mit Abstand an erster Stelle, insbesondere die Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliden- und Gnaden-

renten.

Dass sich die Deputierten ihre Vollmacht, auf eigene Faust alljährlich gewisse Gnadenrenten zu Lasten der nationalen Rentenkasse zu vergeben, abermals zugeschanzt haben, versteht sich in der argentinischen Politik von selber. Deputierte und Senatoren spielen gerne den Weihnachtsmann für Freunde und zwar nicht nur zum Jahresende, sondern im ganzen Kalenderjahr. Wie gehabt.

Silvani bleibt im Amt

Der bisherige Leiter des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP), dem das Steueramt und das Zollamt unterstehen, Carlos Silvani, wurde im Amt bestätigt, was bedeutet, dass er durch ein Dekret neu ernannt werden muss, da er seinen Rücktritt per 10. Dezember eingereicht hatte und dieser angenommen wurde. Silvani hatte sich vorher bereit erklärt, weiterhin im Amt zu bleiben, war jedoch verärgert über die Diskussion, die über seinen Fall entbrannt war, die seiner Autorität schadete und er als Beleidigung empfand. Er wollte auf alle Fälle mit der neuen Regierung klarstellen, was er braucht, um wirksam arbeiten zu können.

Wirtschaftsminister Machinea war von Anfang an für das Verbleiben Silvanis im Amt eingetreten, wogegen Kabinettschef Terragno dagegen war. Im Grunde handelt es sich um die Frage, ob ein halbvolles Wasserglas nicht eher als halbleer bezeichnet werden muss. Silvani hat einerseits gute Arbeit geleistet, andererseits jedoch in vielen Dingen versagt oder zumindest keinen Fortschritt erreicht.

Die Entscheidung wurde getroffen, nachdem die Regierung niemand gefunden hat, der sich für dieses schwierige Amt eignet und auch bereit ist, es zu übernehmen. Wie verlautete, wurde das Amt den Leitern von zwei angesehenen multinationalen Treuhandfirmen angeboten, die es jedoch nicht annahmen, was begreiflich ist, da sie mehr als der AFIP-Direktor verdienen, ohne so viel Arbeit und Unannehmlichkeiten. Auch andere Kandidaten sagten ab. Und die vielen, die bereit sind, das Amt anzunehmen, qualifizieren nicht dafür, oder auf alle Fälle weniger als Silvani. Es ist ein grosser Fortschritt, dass die Regierung die Bedeutung dieses Amtes erkannt hat, das eine kritische Stellung in

der Regierung einnimmt. Wenn das Steueramt und das Zollamt nicht funktionieren, dann hat die Regierung grosse Schwierigkeiten. Unter Alfonsín wurden merkwürdige Gestalten ernannt, wobei sein Zolldirektor nachher eine dreijährige Haft wegen Mitwirkung an Schmuggelmannövern absitzen musste, und einer seiner Steuereinsammler gegenwärtig flüchtig ist, weil er an einem bedeutenden Hinterziehungsmanöver beteiligt war, das vom Steueramt aufgedeckt wurde. Damals hatte man die Bedeutung des Amtes eben noch nicht erkannt. Als Rapanelli unter der Menem-Regierung Wirtschaftsminister wurde, war er sich, als Berufsmanager, der er war, über die Bedeutung der Besetzung des Steueramtes durch einen für dieses Amt qualifizierten Mann völlig im klaren, so dass er eine Kommission ernannte, die aus drei ehemaligen Steuereinsammlern, einem ehemaligen Wirtschaftsminister und einem prominenten Wirtschaftler bestand, um den besten Mann ausfindig zu machen. So wurde Ricardo Cossio ernannt, der schon vorher mehrere Jahre Steuereinsammler gewesen war. Einen Alternativkandidaten fand die Kommission nicht.

Der Direktor der AFIP muss sich auf dem Gebiet des Steuerwesens und des Zollwesens einigermassen auskennen, muss aber ausserdem die Fähigkeit haben, ein Amt mit über 20.000 Angestellten zu leiten, von denen viele schlechte Gewohnheiten haben und andere wenig taugen. Man braucht also an erster Stelle einen Manager. Silvani ist mehr ein hervorragender Experte als ein Verwalter, mehr ein Wissenschaftler als ein Praktiker. Wenn man jemand für diesen Posten suchen würde, würde man wohl eher die Managerfähigkeit hervorheben, da die technische Arbeit schliesslich von den Fach-

leuten geleistet werden kann. Aber nachdem man niemand gefunden hat, verblieb schliesslich Silvani, der den grossen Vorteil hat, dass er über eine dreijährige Erfahrung verfügt.

Silvani hat das Verbleiben im Amt an die Bedingung geknüpft, dass er politische Rückendeckung erhält.

Er hat sich seit Jahr und Tag um Reformen des Justizverfahrens bemüht, so dass die Prozesse, die die AFIP gegen Hinterzieher und Steuerschuldner im allgemeinen führt, schneller vorangehen. Ebenfalls wollte er die Eintreibung von Schulden bis zu \$ 100.000 an private Anwälte übergeben; das wurde jedoch durch die Justiz verhindert. Würde dies durch Gesetz verfügt,

Die Senkung der Telefentarife

Wirtschaftsminister José Luis Machinea kündigte am Dienstag, als grossen Verhandlungserfolg, eine Senkung der Telefentarife ab 1. März 2000 an, von 5,5% bei Haushalten und 19,5% bei den Abonnements von Unternehmen und Regierungsstellen, die somit von \$ 33 auf \$ 26,50 monatlich sinken.

Die Tarife sollen unterschiedlich gesenkt werden; während Telefónica eine bestimmte Anzahl freier Tarife verfügen will, will Telecom angeblich die Tarife für fünf ausgewählte ständige Gesprächspartner senken. Die Mitteilung des Ministers war offensichtlich dazu angetan, eine positive politische Wirkung zu erreichen, nachdem die Ankündigung von Steuererhöhungen so schlecht angekommen ist.

Bei den Konzessionen für den Telefondienst, die im November 1990 erteilt wurden, wurde von den bestehenden Tarifen ausgegangen, die einige Monate vorher stark erhöht worden waren, wobei dann ab dem 2. Jahr automatische Senkungen vorgesehen waren, von zunächst 2% durchschnittlich pro Jahr und dann 4% während der letzten drei Jahre. Inzwischen wurden die Tarife umstrukturiert („rebalancing“), weil die Tarife für mittlere und längere Entfernungen zu hoch und hingegen diejenigen für Ortsgespräche zu niedrig waren und dies den Kosten, bei moderner Technologie, nicht entsprach. Das führte zu einer langen und heftigen Diskussion und wurde schliesslich mit fünf Jahren Verspätung beschlossen. Danach

wäre der Fall gelöst. Ebenfalls setzt sich Silvani für das Weiterbestehen der privaten Zollkontrolle („control de preembarque“) ein, die die Deputiertenkammer abschaffen will. Terragno scheint jetzt, nach einem langen Gespräch mit Silvani, begriffen zu haben, worum es geht, und will ihn unterstützen.

Dennoch will er sich auch direkt um die Reform des Steueramtes kümmern, nachdem ihm die neue Verfassung mit der Aufgabe betraut, „die Staatseinnahmen eintreiben zu lassen und das Budget zu erfüllen“ (Art.100, Par.7). Wenn es zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Terragno und Silvani kommt, kann es bestimmt Fortschritte bei der Steuereintreibung geben.

wurden vertragsgemäss bestimmte Dienste liberalisiert, so dass die Ferngespräche im Inland und mit dem Ausland schon verbilligt wurden. Interne Ferngespräche wurden bei Telefónica schon um 22,6% gesenkt und sollen nächstes Jahr dann noch einmal um 12% zurückgehen; bei Telecom sind es 29,6% und dann auch etwa 12% im Jahr 2001.

Wie weit diese neue Tarifsenkung in die automatischen 4% des letzten Konzessionsjahres mit regulierten Tarifen passt, wurde nicht gesagt. Es ist möglich, dass sich die Unternehmen im Grunde eben nur an den Vertrag halten. Auf alle Fälle muss die Tariffraage dann ab November 2000 neu durchdacht werden, da dann die ursprüngliche Regelung abläuft. Theoretisch sind dann die Tarife frei. Das stellt bei den internationalen Tarifen und auch für Ferngespräche im Inland, bei denen es Konkurrenz gibt, kein weiteres Problem, wohl aber bei lokalen Gesprächen, wo die Unternehmen eine faktische Monopolstellung behalten. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Mobiltelefonie immer besser funktioniert und dem traditionellen Telefondienst auch Konkurrenz schafft.

Die moderne Technologie führt dazu, dass die Entfernung eine geringe Rolle spielt, so dass eine weitere Angleichung zu erwarten ist. Das ist auch ein Teil der Globalisierung. Für die Bewohner des Landesinneren ist dies ein Vorteil. Eine rationelle Tarifstruktur muss die Abonnementgebühren relativ hoch halten und

dann den Zeittarif (Pulse) abnehmend gestalten, um die Leute anzuspornen, viele Telefongespräche zu führen. Auch müssen Sondertarife für die Tageszeiten eingeführt werden, zu denen weniger gesprochen wird, besonders Nachts. Es ist auf alle Fälle notwendig, dass die Telefonunternehmen eine gute Beziehung zur Regierung haben, so dass das Problem technisch und nicht politisch behandelt wird. Es ist logisch, dass die Tarife am Anfang höher waren, weil die Unternehmen sehr viel investieren mussten, da sie praktisch das ganze System erneuern und stark ausweiten mussten. Da ihnen eine beschleunigte Abschreibung genehmigt wurde, haben sie im Laufe der Zeit niedrigere Kosten, was auch durch die starke Umsatzzunahme und die

Automatisierung bedingt ist. Wenn die Tarife während dieser Regierung sinken, so ist das gewiss kein Verdienst von De la Rúa, sondern eine Entwicklung, die sich aus dem Privatisierungssystem ergibt.

Machinea gab bekannt, dass die Tarifverringerung die beiden Unternehmen jährlich \$ 110 Mio. bis eventuell \$ 140 Mio. an Umsatz kosten werde. Das würde im ersten Fall bedeuten, dass der Staat \$ 38,50 Mio an Gewinnsteuer und \$ 23,10 Mio. an Umsatzsteuer einbüsst, also \$ 61,60 Mio. Ebenfalls wirkt sich dies ungünstig auf die Börse aus, da dies eine Gewinnschmälerung der Gesellschaften bedeutet, die einen bedeutenden Anteil am Börsenumsatz haben. Es ist also nicht alles positiv an dieser Tarifsenkung.

Konsumentenschutz bei Lebensversicherungen

Am letzten Amtstag der abgehenden Regierung hat die Aufsichtsbehörde des Versicherungswesens („Superintendencia de Seguros de la Nación“) durch Beschluss 27.220 Höchstabzüge für vorzeitigen Abruf der Verträge über Lebens- und Ruhestandsversicherungen durch die Versicherten festgesetzt. Da die Versicherten meistens die Verträge nur oberflächlich lesen und diese im Fachjargon abgefasst werden, ist es oft schwierig zu wissen, wie hoch die Abzüge sind, die bei Vertragskündigung bestehen. Die Lebensversicherungsgesellschaften zahlen hohe Provisionen an ihre Verkäufer und müssen auch ihre Verwaltungskosten decken, und wollen ausserdem Geld verdienen. Deshalb können sie den Versicherten bei vorzeitiger Kündigung des Vertrages nicht den vollen Betrag zurückzahlen. Mit der Zeit gleicht sich dies mit den durch das angesammelte Kapital verdienten Zinsen aus, so dass die Kosten des Geschäfts keine bedeutende Rolle mehr spielen.

Der Verband der Lebensversicherungsgesellschaften, AVIRA, bemüht sich seit Jahren um eine Selbstbeschränkung der Abzüge durch die einzelnen Mitglieder, damit bei den Verträgen faire Bedingungen bestehen. Das wurde auch eingehalten, mit einer einzigen Ausnahme, die Firma Eagle Star, die horrende Provisionen verrechnete, die ausserdem in verkappter Form im Vertrag enthalten waren, so dass der Kunde

nicht wissen konnte, dass er dabei ungünstigere Bedingungen als bei anderen Gesellschaften einging. Daraufhin wurde diese Firma aus dem Verband ausgewiesen, was sie jedoch nicht hinderte, ihre Geschäft weiterzuführen. Sie war dabei sehr erfolgreich und steht mit Abstand an erster Stelle, was das Prämienvolumen ausmacht.

Bei Abruf nach 5 Jahren machte Eagle Star einen Abzug auf das angesammelte Sparkapital von 51%, die anderen Gesellschaften von nur 15%; bei 10 Jahren zog Eagle Star 21% ab, bei 15 Jahren 11%, bei 20 Jahren 6% und bei 25 Jahren 2%, während die anderen Firmen bei 10 und mehr Jahren keinen Abzug mehr machen. Die Differenz ist auffallend und nur möglich, weil der Kunde nicht aufgeklärt wird und auch keine Möglichkeit hat, Bedingungen mit anderen Gesellschaften zu vergleichen, es sei denn, er nimmt sich die Mühe, eine Untersuchung durchzuführen oder er wird von Verkäufern anderer Gesellschaften aufgeklärt.

Die Aufsichtsbehörde verhielt sich passiv, bis es zu einem Skandalfall kam, den die Zeitung „La Prensa“ veröffentlichte, in dem sich ein Ehepaar beklagt, dass es während drei Jahren \$ 12.000 eingezahlt hatte und meinte, bei vorzeitigem Abruf \$ 8.000 zu erhalten, jedoch dann entdeckte, dass es nur Anspruch auf \$ 2.500 hatte. Der Verkäufer hatte das Ehepaar nicht aufgeklärt und ihm fal-

sche Tatsachen vorgetäuscht. Daraufhin reichte es Klage bei der Konsumentenverteidigungsinstanz der Stadt Buenos Aires ein. In der Praxis geschah jedoch zunächst gar nichts.

Mit der neuen Reglementierung sind diese Art Täuschungsmanöver nicht mehr möglich. Das verhindert, dass Fälle wie der genannte schliesslich die Lebensversicherung als solche diskreditieren. Es verhindert auch, dass Eagle Star den Verkäufern höhere Provisionen zahlen kann und somit die besseren der anderen Firmen abwirbt. Jetzt kann man gestrost einen Lebensversicherungsvertrag mit einer von der Aufsichtsbehörde genehmigten Gesellschaft unterzeichnen, ohne dabei eine hohe Belastung zu erfahren, die nicht mitgeteilt wird. Für die Gesellschaften, die zum AVIRA-Verband gehören, erfordert diese Reglementierung keinen Änderungen der Verträge, es sei denn in Ausnahmefällen. Nur Eagle Star muss jetzt die Verträge grundlegend ändern und auf den überhöhten Gewinn verzichten. Die neue Reglementierung

gilt für Versicherungsverträge ab 1. März 2000.

Eagle Star wurde seinerzeit auf Anordnung von Minister Cavallo auch der Vorteil zugestanden, ihre Reserven voll im Ausland anlegen zu können. Das ist eine Ausnahme, die in keiner Weise gerechtfertigt ist und auch nie erklärt wurde. Es ist normal, dass ein Land dieses Sparkapital im Land behalten will, damit es zur lokalen Wirtschaft beiträgt. Lebensversicherungsgesellschaften sollen kein Weg zur Kapitalflucht sein. Diese Norm wurde jedoch unbegreiflicherweise nicht geändert. Der Chef der Aufsichtsbehörde, Daniel Di Nucci, hat bis zum letzten Moment auf Instruktionen von Wirtschaftsminister Roque Fernández gewartet, den dieses Problem jedoch offensichtlich nicht interessierte. So hat er eben gehandelt, wie er es für richtig hielt und wie es ihm die Befugnisse erlauben, die ihm das Gesetz über die Aufsichtsbehörde erteilt. Der Beschluss war schon vor Monaten fertig und müsste normalerweise schon vor längerer Zeit ausgeführt sein.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,1% auf 541,94, der Burcapindex um 1,5% auf 994,56 und der Börsenindex stieg um 1,6% auf 21.308,27.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 3,0% auf \$ 0,6845.

Der Minister für Infrastruktur, Nicolás Gallo, hat das Projekt über ein Abkommen mit den Konzessionären der Überlandstrassen zurückgewiesen, das die Menem-Regie-

rung fertiggestellt, aber nicht durch Dekret genehmigt hatte. Dabei ging es um den Verzicht der Firmen, die \$ 220 Mio zu kassieren, die die Regierung ihnen schuldet, und die Tarife einzufrieren, gegen eine Vertragsverlängerung von 2003 bis 2006. Gallo sagte, im Jahr 2003 werde alles neu ausgeschrieben. De la Rúa hat die Anweisung erteilt, eine Verringerung der Tarife zu erreichen, was jedoch bisher bei den Unternehmen auf taube Ohren gestossen ist. Gallo gab die Absicht bekannt, die Subventionen für diese Konzessionen abzuschaffen, die \$ 80 Mio. im Jahr ausmachen.

Nach Unterlagen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, (BIZ), stellt die ING Barings Bank regelmässig eine Rangliste auf. Nach ihr ist Argentinien zum 1. Mal als Land mit hohem

Liquiditätsrisiko eingestuft, weil seine kurzfristigen Verpflichtungen, d.h. auf weniger als 12 Monate, mit den Finanzinstituten die die BIZ laufend informieren, grösser sind, als die Aktiven, die Regierung und Privatwirtschaft in diesen Geldhäusern ausweisen. Die BIZ erhält ihre Informationen von allen Banken mit dem Stammhaus in Europa, Japan und USA.

Der Abgeordnete und ehemalige Präsidentschaftskandidat des Partido Demócrata Progresista, R. Martínez Raymonda, übernimmt den Vorsitz des argentinischen Verwaltungsteiles des Wasserkraftwerkes Yacretá, wie Minister Gallo bekanntgab. Die neue Regierung will auch die Arbeit des Schiedsgerichtes, das die Schuldenbewertung dieses Gemeinschaftsunternehmens mit Paraguay durchführt, nach neuen Gesichtspunkten bewerten. Das Impreglio-Dumes Konsortium, das den Bau durchgeführt hat, fordert Schuldzahlungen von US\$ 1,5 Mrd. Die argentinische Regierung bestreitet diesen Betrag seit 2 Jahren und spricht von höchstens 1/4 des Betrages. Das Schiedsgericht wird von M. Cabaña Martínez als Vertreter Argentinien und H. Kissinger als Vertreter des Konsortiums gebildet.

Das nationale Wasserinstitut hat bestätigt, dass der niedrige Wasserstand des Paraná-Flusses bis Februar andauern wird. Das Messgerät von Santa Fé registriert den niedrigsten Wasserstand der letzten 28 Jahre. Diese Lage erschwert die Verschiffung von Getreide, Ölsaaten u.a. Produkten über die Häfen am Paraná und wirkt kostenerhöhend.

Durch Beschluss 606/99 des Schatzsekretariates (Amtsblatt vom 10.12.99) wurde eine Ausgabe von Bonds für 20 Mrd. japanische Yen verfügt. Die Bonds heissen „Bono Samurai de la República Argentina, quinta Serie, 5,40%, 1999-2003“. Sie werden über ein von Nikko Salomon Smith Barney Limited geleitetes Bankensyndikat untergebracht. Der Ausgabepreis beträgt 99,90% und die Amortisation erfolgt voll am Ende. Die Bankprovision beträgt 0,90% und die Ausgaben für die Unterbringung von 7,5 Mio. Yen.

Durch Beschluss 737/99 der föderalen Verwaltung öffentlicher Einnahmen (Amtsblatt vom 13.12.99) wurde verfügt, dass die Investoren in Projekte mit Zahlungsaufschub der Steuern („diferimiento impositivo“) eine Garantie hinterlegen müssen, in Form einer Bankgarantie, Kautions von Staatspapieren, Pfändung, Hypothek, Aktienkautions oder einer Kautionsversicherung. Das Steueramt will dadurch die Zahlung sichern. Dieser Zahlungsaufschub stellt in der Praxis einen zinslosen Kredit dar.

Dem letzten Zentralbankbericht ist zu entnehmen, dass die Bankeinlagen in Pesos und Dollar im November 81,69 Mrd. erreichten, um 6,1% mehr als zu Jahresbeginn. Im November stiegen die Einlagen um 160 Mio. bzw. 0,21%. Von diesem Betrag waren 33,54 Mrd. Pesoeinlagen, die seit Jahresbeginn um 2,6% und im November um 6,4% zurückgegangen sind, und 48,14 Mrd. Deviseendepositen, die im Laufe des Jahres um 13,2% zugenommen haben. Das Kreditvolumen betrug im November \$ 77,1 Mrd., um 3,3% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum; davon wurden \$ 65,71 Mrd. der Privatwirtschaft ohne Privatbanken gewährt und \$ 11,38 Mrd. der öffentlichen Hand.

Der Umschuldungsplan des Textil- und Schuhwerkunternehmens Alpargatas ist nach der Genehmigung durch die Börse nun auch von der Nationalen Wertschriftenkommission endgültig gebilligt worden. Die 30 Gläubigerbanken, unter ihnen de la Nación, de la Provincia de Buenos Aires, of New York und UBS, übernehmen 93% der Firma und die Bonds- und Aktieninhaber die restlichen 7%. Die Gesamtpassiven verringern sich damit von US\$ 636 Mio. auf US\$ 135 Mio. Das Unternehmen wird von G. Gotelli, Mitglied der San Remigio Gruppe, der ehemaligen Hauptanteilseignerin, geführt. Die Banken stellen das Direktorium. Gegen Mitte des Jahres wurde die Börsennotierung von Alpargatas ausgesetzt.

Ricardo Gutierrez, ehemaliger Schatzsekretär unter Cavallo, hat sein Amt als Präsident der Provinzbank von Buenos Aires angetreten. Die Direktoren sind Alberto De Francesco, Raúl Rivara, José González, Luis Cantarelli, Oscar Cuatromo, Roberto Frenkel, Jorge Todesca, Rubén Lucich und Alejandro Mayoral.

Pluspetrol Energy hat bei der schweizerisch-schwedischen ABB Alstom Power für rd. E 135 Mio. die Umrüstung ihres Wärmekraftwerkes in Tucumán in ein schlüsselfertiges, kombiniertes Gas- und Dampfkraftwerk in Auftrag gegeben. Der Wirkungsgrad wird von 34% auf rd. 51%, die Leistung von 115 MW auf 375 MW erhöht. Das neue Kraftwerk soll im November 2001 in Betrieb gehen.

Mittels Dekret 1544/99 (Amtsblatt vom 13.12.99) der abgelösten Regierung wurde die Umschuldung der Konzessionärin der Pferderennbahn von Buenos Aires Stadt bewilligt. Die überfälligen rd. US\$ 10 Mio. entstanden durch die Nichtzahlung von Konzessionsgebühren und nicht durchgeführten Überweisungen an das Staatssekretariat für Soziale Entwicklung und an die staatliche



KONRAD LORENZ
SCHULE

Deutsch
Englisch
Ökologie



HASEN
SCHULE
KINDERGARTEN

Schule
Ej. Sarmiento 1565
4797-5876
Florida

Kindergarten
Cnel. Rosetti 1738
4760-2999
Florida

Lotterie von deren Anteilen an dem Verkauf von Eintrittskarten und Wertscheinen. Sie werden nun zu Libosätzen (derzeit rd. 6% im Jahr) in 16 aufeinanderfolgenden Halbjahresraten fällig.

Das Dekret 1520/99 (Amtsblatt vom 10.12.99) verfügt, dass das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) mit Presse- und Rundfunkmedien die Zahlung ihrer gesamten Steuerschulden mit Werbe-raum bzw. -zeit für die Regierung vereinbaren kann. 30% dieser Schuldstattung sind für die vom Pressesekretariat abhängigen Nachrichtenagentur Télam SA bestimmt, 20% für die Verbreitung der Tätigkeit des AFIP und 50% gehen an das Innenministerium, um den Werberaum unter politischen Parteien, Föderationen bzw. Allianzen zu verteilen.

Die erste Ausgabe von Leteschatzscheinen durch die neue Wirtschaftsführung konnte, für US\$ 625 Mio., zu durchschnittlich 30 Basispunkten unter den letzten Zinssätzen untergebracht werden, obwohl der Satz für Tagesgelder mittlerweile zugenommen hat, wie der neue Schatzsekretär, Daniel Marx, bekanntgab. Auf 6 Monate betrug der Schnittpunkt 9,13% gegen 9,53% vor einem Monat, auf 3 Monate nahm er von 8,22% auf 8,40% zu. Auf Jahresbasis betrug der Satz auf 91 Tage 8,58%, 246 Basispunkte über Libor, gegen 233 Basispunkte vor einem Monat. Für US\$ 250 Mio., die aufgenommen wurden, gingen 73 Angebote für insgesamt US\$ 922,2 Mio. ein. Auf 182 Tage wurden 9,75%, 348 Basispunkte über Libor bezahlt, gegen 401 Basispunkte im November. Für US\$ 375 Mio. wurden 93 Angebote für insgesamt US\$ 1,23 Mrd. verzeichnet.

Ab April 2000 können die Stromtarife im Raum Gross Buenos Aires und La Plata um bis zu 10% zurückgehen, da die Verträge ablaufen, die die Stromverteiler Edenor und Edesur zwingen, einen Teil ihres Stromes von den Wärmekraftwerken Central Costanera und Central Puerto zu beziehen, die teurer liefern. Wie F. Ponasso, Präsident des Stromverteiler-Verbandes Adeera erklärte, waren diese Verträge Teil der Privatisierungsaufgaben, die die Konzessionäre seit 1992 erfüllen.

Sideco Americana (Macrigruppe) hat ihre 31%ige Beteiligung an dem Wasserwerk AGBA (Aguas del Gran Buenos Aires) an die spanische Dragados, die Urbaser und Dycasa gehört, abgetreten. Die zuständige Provinzbehörde muss die Übertragung noch billigen. Dadurch muss Dragados weitere US\$ 13,5 Mio. aufbringen, da AGBA mit einem Kapital von US\$ 45 Mio. eingetragen ist. AGBA hat den Zuschlag des B-

Gebietes für die Wasserver- und -entsorgung erhalten, das rd. 1,8 Mio. Einwohner von Escobar, Malvinas Argentinas, General Rodríguez, Merlo, Morón, San Miguel und José C. Paz versorgt, auf 30 Jahre erhalten.

U. O'Farrell, Präsident des Wasserkraftwerkes Piedra del Aguila, hat der Börse von Buenos Aires mitgeteilt, dass die Umschuldung des Unternehmens für US\$ 420 Mio. abgeschlossen ist.

Um die in USA üblichen Drogstores auch hier einzuführen, beabsichtigt Farmacity, die einer Investorengruppe unter der Federführung der belgischen GIP (Global Investment Partners) gehört, in den nächsten 3 Jahren US\$ 40 Mio. zu investieren um 60 Lokale zu eröffnen. 15 werden bereits in Buenos Aires Stadt betrieben.

In einem Urteil, dass das vorgehende, erstinstanzliche in allen Punkten bestätigt, hat die WHO in 2. Instanz die argentinischen Handelsschranken gegen Schuheinführen von ausserhalb des Mercosur verurteilt. Die angebliche Zunahme der Einfuhren sei durch nichts bewiesen worden, genau so wenig wie eine schwere Schädigung der argentinischen Schuhindustrie. Ausserdem sei kein Beweis erbracht worden, dass es einen Kausalzusammenhang zwischen der Grösse der Einfuhren und dem von der Schuhindustrie angezeigten Schaden gebe. Dieses Urteil ist endgültig. Sollte Argentinien die verurteilten Handelsschranken bei Ablauf am 25.2.2000 nicht aufheben, sind sie betroffenen Staaten zu Repressalien ermächtigt.

Der Argentinische Hüttenverband gab die Produktionszahlen für Eisen und Stahl im November in 1.000 t bekannt: Roheisen 290,7, +1,2% gegenüber dem Vormonat, +1,6% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und im Vorjahresvergleich der ersten 11 Monate -21,5%; davon Gusseisen 173,5, -3,9%, -1,5%, -7,0% und Schwammeisen 117,2, +9,6%, +6,6%, -40,7%. **Rohstahl 361,0, -0,1%, +3,2%, -11,6%.** Warmwalzprodukte einschliesslich nahtlose Röhre, Bleche und Bänder für die Nachbehandlung in kalt 356,0, -2,8%, +7,1%, -9,6%; davon Profile und nahtlose Röhre 161,0, +4,5%, +3,7%, -21,9%; Bleche und Bänder ausser für kalte Nachbehandlung 195,0, -8,1%, +10,1%, +1,8%. **Kaltwalzprodukte ausser den vorher genannten 120,6, -8,9%, -9,0%, +7,1%.**

Der Index der Industrieproduktion des statistischen Amtes (INDEC) erreichte im November einen Stand von 129,1 (1993 gleich 100), 1,5% über November des Vorjahres, als jedoch der Konjunktur-Rückgang schon eingesetzt hat. Der Index

liegt noch unter dem Stand von Juli bis Oktober 1998, und auch von September und Oktober 1997. Der Index wurde vornehmlich durch die Erholung der Kfz-Industrie hinaufgetrieben, die eine Folge des bezahlten Verschrottungssystems alter Kfz ist. Nach dem Index der Unternehmensuniversität (UADE) liegt November 1999 um 2,6% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 5% über November 1997.

Nach Angaben des Statistikamtes Indec betrug die Arbeitslosigkeit im Oktober 13,8%, gegen 14,5% im Vormonat und 12,4% im gleichen Vorjahresmonat. Die Unterbeschäftigung betrug 14,3% gegen 13,6% im Oktober 1998. Damit gab es im Oktober 1,8 Mio. Arbeitslose, um 79.000 weniger als im August jedoch um 235.000 mehr als im Vorjahresoktober. Die Wirtschaftstätigkeit der ersten 9 Monate ging im Vorjahresvergleich um 3,7% zurück. Von den zusätzlichen 437.000 Menschen die im Oktober Arbeit suchten, konnten 201.000 beschäftigt werden. Für den Raum Gross Buenos Aires werden im Vorjahresvergleich der Monate Oktober um 133.000 mehr Arbeitssuchende angegeben, von denen 55.000 beschäftigt wurden und 78.000 die Arbeitslosenquote auf 786.000 brachten. Da jedoch um 60.000 mehr Teilbeschäftigte gemeldet werden, standen im Oktober weniger Vollzeitbeschäftigten zur Verfügung als vor einem Jahr.

Im 3. Quartal ging das BIP um 4,1% zurück, mehr als angenommen worden war. Cema (Centro de Economía Aplicada) hatte 2,5% vorausgesagt, was einem BIP von \$ 286,2 Mrd. entspricht. Die Wirtschaftsführung hat nun \$ 281,4 Mrd. bestätigt. Die Güterproduktion wurde von 6,1% Rückgang betroffen, durch 8,3% Schrumpfung beim produzierenden Gewerbe und 8,5% beim Bauwesen. Dienstleistungen gingen um 2,2% zurück. Da sie jedoch 70% des BIP ausmachen, verringerten sie den Prozentsatz, trugen jedoch mit \$ 4 Mrd. zur BIP-Verringerung bei. Hingegen nahm der Konsum der Endverbraucher im Quartal um 1,3% zu und der Strom-, Gas- und Wasserverbrauch um 3%. Immobiliengeschäfte, Vermietungen, Unterricht, Sozial- und Gesundheitsdienste verzeichneten ebenfalls Zunahmen.

Die Steuereinnahmen der Provinz Córdoba nahmen im November im Vorjahresvergleich um 13,3% auf \$ 74,6 Mio.zu, gegenüber dem Vormonat allerdings um 3,4% ab. An 1. Stelle steht die Steuer auf Bruttoeinkommen mit \$ 45,7 Mio. vor der immobiliensteuer mit \$ 20,4 Mio.

Das 1. Treffen der Vertreter der neuen Regierung mit dem Mercosurpartner Brasilien über die Kfz-

Frage verlief ergebnislos. Die derzeitigen Abkommen laufen am 1.1.2000 ab. Bis dahin muss ein Kompromiss gefunden werden. Die Regierungsvertreter wollen am Dienstag neuerdings zusammenkommen.

Die neue Wirtschaftsführung will in der kommenden Woche den neuen Finanzplan ankündigen, die Umwandlung des Banco de la Nación in eine AG vorantreiben und die vom ehemaligen Arbeitsminister Erman Gonzalez durchgesetzte Arbeitsgesetzgebung abschaffen. Damit sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Es sollen die Arbeitgeberbeiträge für Entlohnungen bis zu \$ 500 gesenkt, 12% Beitrag bei Schaffung neuer Arbeitsplätze festgelegt, und die Probezeit mit Zahlung der Sozialbeiträge jedoch ohne Entlassungsschädigung verlängert werden. Ausserdem sollen Kollektivverträge auf niedriger Ebene, wie in Einzelunternehmen Vorrang vor jenen auf höherer Ebene (Gewerkschaft und Branche) erhalten.

Die Wirtschaftsführung will beim IWF nicht um ein neues Darlehen ansuchen, sondern um die Erweiterung des bestehenden. Damit würde eine Kreditsumme von US\$ 5,2 Mrd. zur Verfügung stehen, auf die nur im Notfall zurückgegriffen werden kann. Die IWF-Experten, die die vorgelegten Zahlen im Einzelnen prüfen werden, werden für den 6. oder 7. Januar erwartet.

Die Wirtschaftsführung hat dem Parlament ein neues Steuerpaket unterbreitet, das die Kfz-Steuer für die Lehrgehälter ersetzen und \$ 660 Mio. im Jahr für diesen Zweck sichern soll. Neuwagen mit über US\$ 15.000 Wert sollen mit einer neuen Steuer belegt werden. Die Regierung hat mit der Lehrergewerkschaft vereinbart, dass die Gehaltserhöhung von \$ 60 im Monat in den Jahren 2000 und 2001 in 2 Halbjahresraten gezahlt wird. Die \$ 60 werden für jeden Lehrposten bezahlt, doch kann ein Lehrer mehrere solche Posten bekleiden. Die Erhöhung würde rd. 1,05 Mio. Lehrkräfte begünstigen. Minister Llach erklärte auf Anfrage, er müsse die Zahlen erst prüfen.

Die Hypothekenbank hat 36 Wohnungen mit 5.577 qm für US\$ 2,02 Mio. versteigert. Damit wird eine neue Form des Wohnungsangebotes geschaffen, die vollkommen transparent ist, wie Bankdirektor Rojo erklärte.

Die Provinzregierung von La Rioja hat beim Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen ein Darlehen von \$ 28,5 Mio. aufgenommen um die privatisierte und zurückgenommene Provinzbank zu kapitalisieren. Der Kredit wird durch künftige Beteiligungen an Bundes-

steuert gedeckt. Der neue Präsident der Provinzbank ist Alberto E. Iannello.

Der Senat hat eine Beschlussvorlage angenommen, mit der eine Sonderkommission geschaffen werden soll, um den ZB-Präsidenten abzusetzen. Die Vorlage der Allianz-Senatoren A. López, J. Genoud und P. Del Piero wurde einstimmig angenommen.

SLI (Liberman Gruppe) hat die Aktienneuausgabe von BAE Negocios SA, die die Zeitung BAE - Buenos Aires Económico herausgibt, über SAM (Sociedad Argentina de Medios) erworben und hält nun 50%. M. Mora y Araujo bleibt Präsident der Firma, G. Liberman wird Vizepräsident und A. Torres leitet weiter die Redaktion. SAM betreibt weiter den Fernsehkanal 12 von Cordoba.

O. Secco, Präsident des Argentinischen Petroleum- und Erdgasinstitutes (IAPG) gab bekannt, dass die Rohölförderung 1999 im Vorjahresvergleich um 5,4% zurückgegangen ist. Die Erdgasförderung nahm im gleichen Zeitraum um 9,4% zu. Der Rückgang der Ölförderung sei auf den Preisverfall während des Jahres zurückzuführen.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

| | 25.10.99 | 4.11.99 | 11.11.99 | 15.11.99 | 22.11.99 | 29.11.99 | 3.12.99 | 13.12.99 |
|---|----------|---------|----------|----------|----------|----------|---------|----------|
| Gold, Devisen u. Anlagen | 23,25 | 22,79 | 23,69 | 24,33 | 24,45 | 24,09 | 24,10 | 24,28 |
| Staatspapiere | 1,55 | 1,56 | 1,48 | 1,48 | 1,44 | 1,46 | 1,46 | 1,47 |
| Internat. Reserven ZB | 24,80 | 24,35 | 25,17 | 25,81 | 25,90 | 25,56 | 25,54 | 25,76 |
| Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350) | 7,52 | 8,38 | 7,88 | 7,25 | 7,6 | 6,95 | 7,76 | 7,38 |
| Währungsreserven des Finanzsystems | 32,33 | 32,73 | 33,05 | 33,06 | 32,96 | 32,51 | 33,30 | 33,13 |
| Notenumlauf | 13,85 | 14,07 | 14,58 | 14,24 | 13,91 | 13,77 | 14,42 | 14,76 |
| Bankdep. in Dollar bei ZB | 0,01 | 0,05 | 0,10 | 0,12 | 0,01 | 0,02 | 0,04 | 0,01 |
| Monetäre Passiven | 13,86 | 14,12 | 14,69 | 14,37 | 13,92 | 13,79 | 14,47 | 14,86 |
| Nettosaldo Swaps | 9,39 | 8,66 | 8,87 | 9,79 | 10,36 | 10,14 | 9,55 | 9,31 |
| Depositen der Regierung | 2,72 | 1,52 | 1,64 | 1,83 | 2,19 | 1,85 | 1,83 | 2,06 |
| Finanzpassiven | 23,24 | 22,78 | 23,55 | 24,16 | 24,28 | 23,93 | 24,02 | 24,17 |

Quelle: Zentralbank